

## KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE  
MARKO PRUSINA

Mai 2018

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## "Die EU und die lokale Selbstverwaltung in Kroatien"

**Die KAS veranstaltete zusammen mit der ZHDZ am 05. Mai in Šibenik einen Kommunalkongress zu den Herausforderungen der lokalen Selbstverwaltung in Kroatien. Im Beisein des kroatischen Ministerpräsidenten und HDZ-Parteivorsitzenden ,Andrej Plenković, des kroatischen Parlamentspräsidenten und HDZ-Generalsekretärs, Gordan Jandroković und nahezu aller HDZ-Kabinettsmitglieder referierte Prof. Wolfgang Schuster als langjähriger Oberbürgermeister von Stuttgart über seine Erfahrungen mit kommunalpolitischen Herausforderungen.**

In seiner Begrüßungsrede bedankte sich der Vorsitzende der HDZ-Stiftung (ZHDZ), **Srećko Prusina** bei der KAS und dem HDZ-Ausschuss für lokale und regionale Selbstverwaltung für ihren Einsatz bei der Vorbereitung der Veranstaltung. Er verwies auf die Bedeutung solcher Veranstaltungen, da sich die lokalen Selbstverwaltungen in Kroatien gerade in einem Wandlungsprozess befinde, den es zu begleiten gelte.

Der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb, **Dr. Michael A. Lange**, verwies dann noch einmal darauf, dass man sich in Deutschland dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet fühle, das besage, dass man politische Entscheidungen so nahe wie möglich an/von den Betroffenen fällen sollte. Je näher die Politik an dem Bürger sei, desto besse. Nur auf diese Weise könne es eine erfolgreiche, bürgernahe lokale Politik geben, die zu einem besseren Lebensstandard der Bürger in Kroatien führen würde.

Der Vorsitzende des kroatischen Parlaments und HDZ-Generalsekretär, **Gordan Jandroković**, betonte dann in seiner Rede, dass der Staat es sich nicht leisten könne, zu viele falsche Entscheidungen zu treffen. Man solle sich deshalb darüber bewusst sein, dass das Konferenzthema sehr wichtig sei, zumal es momentan eine ganze Reihe von Möglichkeiten gebe, auf kommunaler Ebene EU-Mitteln zu beantragen und später einzusetzen. Dabei handele es sich um große Summen, die Kroatien für verschiedene Projekte gut gebrauchen könne. In diesem Zusammenhang unterstrich er noch einmal, wie wichtig bzw. vorteilhaft die EU-Mitgliedschaft für Kroatien sei und wie viele Nachteile es hätte, wenn man außerhalb der EU verblieben wäre.

Anschließend bedankte sich auch der kroatische Ministerpräsident, **Andrej Plenković**, bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Unterstützung solcher Konferenzen und betonte den Beitrag solcher Veranstaltungen zur Verwirklichung der politischen Ziele seiner Regierung. Eines dieser Ziele sei es, die Debatte zwischen der Regierung und den lokalen (regionalen) Selbstverwaltungen über noch nicht bewältigte wirtschaftliche Herausforderungen zu intensivieren, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen und damit die Erwartungen der Bürger zu erfüllen.

In der ersten Podiumsdiskussion über den rechtlichen Rahmen zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen auf allen (nationalen und lokalen) Ebenen betonte der Ministerpräsident, dass der Service für die Bürger in Bezug auf die bevorstehenden Gesetzesänderungen besser werden müsse.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

**Mai 2018**

**www.kas.de**

Bezüglich der Finanzierung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung bzw. der inzwischen durchgeführten Steuerreform und der Dezentralisierung sei schon vieles erreicht worden. Kroatien hätte im letzten Jahr in den Bereichen der Landwirtschaft, ländlichen Entwicklung und Fischerei zahlreiche wichtige Gesetzesänderungen verabschiedet. Die Mittel aus den EU-Fonds wären dabei immer besser eingesetzt worden. Man wolle den kroatischen Landwirten sowohl zusätzliche rechtliche wie auch finanzielle Möglichkeiten eröffnen. Nach fast fünf Jahren EU-Mitgliedschaft könne man jetzt besser erkennen, was man bezüglich der Dezentralisierung und der Verwendung von EU-Mittel noch verbessern könne.

Der Vorsitzende der Deutschen Telekom Stiftung, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart a.D. und EFE-Vorsitzender, **Prof. Dr. Wolfgang Schuster**, sprach dann über seine Erfahrungen mit der deutschen Kommunalverwaltung. Er setzte dabei einen Schwerpunkt auf den Umstand, dass in der EU jede Region, die weniger als 90% des durchschnittlichen EU-BIPs erreichen würde, den Anspruch auf finanzielle Förderung habe. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Vorteile von Dezentralisierung und äußerte die Meinung, dass alle öffentlichen Aufgaben, die auf lokaler oder regionaler Ebene erledigt werden können, auf der Ebene erfüllt werden sollten, die den Bürgern am nächsten liege. Soweit Städte Verantwortung tragen könnten sie diese an (NGOs) durchaus delegieren, die dann diese kommunalen Aufgaben zu erfüllen hätten. In Stuttgart würden etwa 50% der Kindergärten, 50% der Krankenhäuser und 10% der Schulen von NGOs verwaltet und dabei von der Stadt finanziell unterstützt. Durch dieses System habe sich in Deutschland eine starke Zivilgesellschaft und ein sehr großes Netz von Volontären entwickelt, die zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben beitragen. Allein in Stuttgart seien um die 20% der Bürger als Volontäre tätig. Unternehmen leisten ihren Beitrag, indem sie sich am dualen Ausbildungssystem beteiligen, bzw. duale (Studien-) Arbeitsplätze anbieten. Abschließend hob er noch die Bedeutung der regionalen Wirtschaftsförderung in den deutschen Bundesländern hervor.

Dort spiele die regionale Wirtschaftsförderung eine große Rolle, weil alle Bürger in Deutschland das Recht auf vergleichbare Lebensverhältnisse hätten. Um das Unternehmertum und neue Start-ups zu fördern, habe man in Stuttgart einen Service etabliert, um Start-ups mit kostenloser Beratung und finanzieller Förderung zu unterstützen. Das Engagement der Bürger sei somit für alle Arten von Förderung- und Stadtentwicklung von entscheidender Bedeutung. Allerdings bleibe eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche lokale und regionale Selbstverwaltung, der Wille des Staates, seine Macht zu teilen.

Danach eröffnete der Bürgermeister der Stadt Zaprrešić und Vorsitzender des Verbandes kroatischer Städte, **Željko Turk** die Diskussionsrunden.

Der kroatische Verwaltungsminister **Lovro Kušćević**, befasste sich zuerst mit dem Reformvorhaben der lokalen (regionalen) Selbstverwaltung und verwies darauf, dass diese Regierung bereits ein Reformprogramm verabschiedete habe, das aus 11 Reformfeldern bestehe. Das Verwaltungsministerium habe sich dabei drei Hauptziele gesetzt, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollten. Das erste Ziel sei die Qualität und Effizienz der Öffentlichen Verwaltung zu steigern und dabei die Dezentralisierung und Digitalisierung zu fördern. Die kroatische Regierung habe deswegen bereits eine Strategie zur Weiterentwicklung der Öffentlichen Verwaltung entworfen. Diese Strategie liefere eine Analyse des aktuellen Sachstandes und beschreibe die Ziele, die man erreichen wolle. Jedoch seien die Instrumente zur Verwirklichung der Projekte und Programme bei der Ausfertigung der Strategie zu wenig ins Kalkül gezogen worden. Eine effizientere Öffentliche Verwaltung wolle man nun mit Hilfe von 15 Reformvorhaben in Höhe von 70 Millionen Kuna, die zu 85% aus EU-Mitteln finanziert werden, anstreben. Dazu müsse man die Einführung des Qualitätssystems in die Öffentliche Verwaltung zeitnah realisieren. Das Hauptziel dieses Projektes sei es Arbeitsprozesse in Öffentlichen Verwaltungen zu analysieren und festzustellen, wo sich Zuständigkeiten überlappen, um überflüssige Pro-

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**KROATIEN**

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

**Mai 2018**

**www.kas.de**

zesse zu eliminieren. Das zweite Projekt sei die Entwicklung eines Kompetenzrahmens für Mitarbeiter der Öffentlichen Verwaltung. Im Zusammenhang mit dem ersten Projekt der Standardisierung von Verfahren mit Projektkosten in Höhe von zusätzlich 13 Millionen Kuna in 24 Monaten befasste sich das dritte Projekt mit der Verbesserung des Systems der lokalen /regionalen Selbstverwaltung. Seiner Meinung nach seien alle drei Projekte wichtig für die Realisierung von mehr Dezentralisierung. Nur so könne sichergestellt werden, daß Aufgaben von ineffizienten Gemeinden auf Landkreise übertragen werden können.

Der Finanzminister der Republik Kroatien, **Dr. Zdravko Marić**, verwies in seinem Vortrag danach auf die Möglichkeiten zur Stärkung der Finanzkraft der lokalen- und regionalen Selbstverwaltungen. Er betone, dass die lokalen Gebietskörperschaften eine große Verantwortung bei der Umsetzung der Dezentralisierung hätten. Im Vergleich zum letzten Jahr seien die Einkommensteuereinnahmen der 576 kommunalen Selbstverwaltungen um 14,7% gestiegen. Wenn man die 20 Landkreise betrachte seien dies 26.1% und weitere 19,5% für 120 Städte und 25,1% für 428 Gemeinden. Die Stadt Zagreb verzeichnete einen Anstieg der Einnahmen von 3,6%. Er wies darauf hin, dass es in den ersten drei Monaten zu einer deutlicher Stärkung der fiskalischen Kapazität der 12 Landkreise bzw. 276 Fördergebiete gekommen sei. In 12 verschiedenen Landkreisen registrierte man eine Steigerung von 47%. Aus dem Gesagten werde klar, dass die Regierung zu einer Dezentralisierung neige, in der sich die fiskalischen Kapazitäten positiv entwickeln. Zudem sei Kroatien heute nur noch mit 12 Milliarden Kuna verschuldet ein Betrag der im Jahr 2017 auf 10 Milliarden geschrumpft sei, ohne, dass man die Restrukturierung der kroatischen Straßen (HAC) berücksichtigt habe, wo man noch weitere 50 Millionen Kuna einsparen würde. Seiner Meinung nach müsse man weiterhin daran arbeiten, gemeinsam die Schuldzinsen zu verringern, um mehr Raum für die zentralen und lokalen Haushalte zu schaffen.

Der kroatische Landwirtschaftsminister, **Tomislav Tolušić**, stellte in seinem Vortrag dann eine Reihe weiterer neuer Verordnungen im Bereich der Landwirtschaft vor. So soll es in Zukunft neue Verfahren zur Vermittlung bzw. Vergabe von landwirtschaftlichen Nutzflächen geben. Auch wurden einige neue Vorschriften im Bereich der Finanzierung von ländlichen Entwicklungsvorhaben erörtert. Die Ministerin für Regionale Entwicklung und EU-Fonds, **Gabrijela Žalac**, stellte zum Schluss eine Reihe von Verordnungen und Programmen aus dem Bereich der regionalen Entwicklung vor. Sie stellte dabei zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von Gebieten mit Entwicklungsbesonderheiten, wie z.B. Inseln und Bergregionen, vor und betonte den bisherigen Erfolg ihrer Bemühungen EU Mittel zu mobilisieren.